

Berlin, im September 2010
Stellungnahme Nr. 49/2010
abrufbar unter www.anwaltverein.de

**Stellungnahme des Arbeitsrechtsausschusses
des Deutschen Anwaltvereins (DAV)
zur Initiative von BDA und DGB
zur gesetzlichen Regelung der Tarifeinheit**

Mitglieder des Ausschusses:

Rechtsanwalt Prof. Dr. Heinz Josef Willemsen, Düsseldorf (Vorsitzender und Berichterstatter)
Rechtsanwalt Dr. Jobst-Hubertus Bauer, Stuttgart
Rechtsanwalt und Notar Paul-Werner Beckmann, Herford
Rechtsanwältin Dr. Susanne Clemenz, Gütersloh
Rechtsanwalt Prof. Dr. Björn Gaul, Köln
Rechtsanwalt Roland Gross, Leipzig
Rechtsanwältin Angela Leschnig, Würzburg
Rechtsanwalt Dr. Stefan Lunk, Hamburg
Rechtsanwalt Dr. Hans-Georg Meier, Berlin
Rechtsanwältin Dr. Ulrike Schweibert, Frankfurt
Rechtsanwalt Dr. Uwe Silberberger, Düsseldorf
Rechtsanwältin Regina Steiner, Frankfurt

zuständiger DAV-Geschäftsführer:

Rechtsanwalt Franz Peter Altemeier

Verteiler:

- Bundesministerium des Innern
- Bundesministerium für Arbeit und Soziales
- Bundesministerium der Justiz
- Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie

- Ausschuss für Arbeit und Soziales des Deutschen Bundestages
- Innenausschuss des Deutschen Bundestages
- Rechtsausschuss des Deutschen Bundestages
- Ausschusses für Wirtschaft und Technologie des Deutschen Bundestages

- Bundesrat
- Landesministerien für Inneres der Länder
- Landesministerien für Arbeit und Soziales
- Landesjustizministerien der Länder

- Datenschutzbeauftragte des Bundes und der Länder
- Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände
- Deutscher Gewerkschaftsbund
- Deutscher Arbeitsgerichtsverband e.V.
- Deutscher Steuerberaterverband
- Bund der Richterinnen und Richter der Arbeitsgerichtsbarkeit
- Deutscher Richterbund
- Bundesverband der Freien Berufe
- Bundesrechtsanwaltskammer
- Rechtsanwaltskammern in der Bundesrepublik Deutschland

- Bundesarbeitsgericht
- Landesarbeitsgerichte in der Bundesrepublik Deutschland

- Vorstand und Geschäftsführung des Deutschen Anwaltvereins
- Vorsitzende der Fach- und Gesetzgebungsausschüsse des Deutschen Anwaltvereins
- Vorsitzenden der Landesverbände des Deutschen Anwaltvereins
- Vorsitzende des FORUMs Junge Anwaltschaft

- Neue Zeitschrift für Arbeitsrecht (NZA)
- Zeitschrift Recht der Arbeit
- Zeitschrift Arbeitsrechtliche Entscheidungen (AE)
- Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ)
- Handelsblatt
- Süddeutsche Zeitung
- Financial Times
- Corporate Compliance Zeitschrift
- Computer und Recht

Der Deutsche Anwaltverein (DAV) ist der freiwillige Zusammenschluss der deutschen Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte. Der DAV mit derzeit 67.000 Mitgliedern vertritt die Interessen der deutschen Anwaltschaft auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene.

Der Arbeitsrechtsausschuss des Deutschen Anwaltvereins (DAV) hat sich in seiner Sitzung vom 1. September 2010 mit der Initiative von BDA und DGB zu einer gesetzlichen Regelung des Prinzips der sogenannten Tarifeinheit befasst. Ausgelöst wurde die diesbezügliche Debatte durch die Entscheidung des zuständigen 4. Senats des BAG, den Grundsatz der Tarifeinheit aufzugeben, der über Jahrzehnte hinweg ein Nebeneinander verschiedener Verträge in ein und demselben Betrieb (die sogenannte Tarifpluralität) vermieden hatte.

Der Arbeitsrechtsausschuss des DAV ist der Auffassung, dass angesichts der hohen verfassungsrechtlichen Hürden einer gesetzlichen Festschreibung des Grundsatzes der Tarifeinheit eine sorgfältige **Folgenabschätzung** aller mit der Aufgabe des Grundsatzes der Tarifeinheit verbundenen Konsequenzen erfolgen sollte; erst danach kann über die Notwendigkeit und Zulässigkeit eines solch tiefgreifenden Einschreitens des Gesetzgebers befunden werden. Entscheidende Bedeutung dürfte dabei vor allem folgenden Fragen aus den Bereichen des Tarifvertrags-, Betriebsverfassungs- und Arbeitskampfrechts zukommen:

I. Tarifvertragsrecht

- Wie sind Tarifkonkurrenzen aufzulösen, die aus Mitgliedschaften der Arbeitnehmer in mehreren Gewerkschaften resultieren?
- Wie sind Tarifkonkurrenzen aufzulösen, wenn es in tarifpluralen Betrieben zu einer vermehrten Tarifkonkurrenz von Betriebsnormen (d.h. solchen Tarifnormen, die nur betriebseinheitlich gelten können) kommt, ohne dass in das Tarifgefüge der verdrängten Tarifverträge eingegriffen wird?

II. Betriebsverfassungsrecht

- Wie wirkt sich vor dem Hintergrund der §§ 77 Abs. 3, 87 Abs. 1 BetrVG eine Tarifpluralität auf die Zuständigkeit der Betriebspartner aus, insbesondere in sozialen Angelegenheiten Betriebsvereinbarungen zu schließen?
- Welche Rechtsfolgen ergeben sich insbesondere für bereits bestehende betriebliche Arbeitnehmervertretungen, wenn Zuordnungstarifverträge mit unterschiedlichen Gewerkschaften abgeschlossen werden?

III. Arbeitskampfrecht

- Ist auch nach Aufgabe der Tarifeinheit von einer arbeitskampfrechtlichen Einheit der Belegschaft auszugehen, d.h. dürfen auch anders organisierte Arbeitnehmer an einem Arbeitskampf teilnehmen bzw. ausgesperrt werden, obwohl „ihr“ Tarifvertrag weiterhin Geltung entfaltet?
- Wie ist in tarifpluralen Betrieben das Arbeitskampfrisiko zu verteilen, d.h. tragen auch anders organisierte Arbeitnehmer bzw. Arbeitnehmer, die nicht unter den Geltungsbereich des umkämpften Tarifvertrags fallen, das Risiko, wegen streikbedingter Arbeitsausfälle vom Arbeitgeber kein Entgelt zu erhalten?
- Wie wirken sich Arbeitskämpfe in tarifpluralen Betrieben auf die Leistungen der BfA an nicht streikende Arbeitnehmer aus, d.h. wird weiterhin dem staatlichen Neutralitätsgebot hinreichend Rechnung getragen?
- Schließlich ist in Abhängigkeit von der Beantwortung der vorstehenden Fragen zu prüfen, welche Folgen sich für die Arbeitskampfpraxis ergeben und ob die strukturelle Kampfparität bei Arbeitskämpfen in tarifpluralen Betrieben zu Lasten einer Seite verschoben wird.

Wie der 4. Senat des BAG zutreffend herausgestellt hat, kommt insbesondere den Folgen für das Arbeitskampfrecht eine herausragende Bedeutung zu. Die vorstehenden komplexen Fragen verdeutlichen nach Ansicht des Arbeitsrechtsausschusses, dass die inhaltliche Diskussion über die verfassungsrechtliche Zulässigkeit der Festschreibung des Grundsatzes der Tarifeinheit nur auf der Grundlage einer wissenschaftlich fundierten Analyse der Folgen einer betrieblichen Tarifpluralität (insbesondere im Arbeitskampfrecht) geführt werden kann.

Um dem gerecht zu werden, sollten sich Mitglieder aller Interessengruppen sowie verbandsunabhängige Experten (Richter, Rechtsanwälte, Personalverantwortliche, Hochschullehrer) an dieser Diskussion beteiligen, um dem Gesetzgeber eine sachgerechte und vorausschauende Entscheidung über die Erforderlichkeit einer gesetzlichen Regelung zu ermöglichen. Erst auf der Basis einer solchen fundierten Analyse, ergänzt um die Erkenntnisse aus der zwischenzeitlichen tatsächlichen Weiterentwicklung des Tarif- und Arbeitskampfgeschehens, wird sich zeigen, ob ein Einschreiten des Gesetzgebers notwendig ist und wie gegebenenfalls in Einzelbereichen die Folgen der Tarifpluralität zu regeln sind.

Mit einer derartigen, die Belange der beteiligten Interessengruppen gleichermaßen respektierenden Vorgehensweise würde nach Überzeugung des Ausschusses zugleich ein wichtiger Beitrag zur Erhaltung des sozialen Friedens in der Bundesrepublik Deutschland geleistet.